WKF-07-1025

# Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Janis Prinz (KV Berlin-Pankow)

## Änderungsantrag zu WKF-07

**Von Zeile 1025 bis 1027:**

- Aus den Einnahmen der $CO_2$-Bepreisung finanzieren wir ~~ein Energiegeld~~eine bedingungslose Klimaprämie v von zunächst 100 Euro~~, das~~ pro Jahr, die jede ~~Bürgerin und jeder Bürger~~Person mit Erstwohnsitz in Deutschland erhält. Da Menschen mit niedrigem Einkommen in der Regel weniger $CO_2$ produzieren, profitieren sie überdurchschnittlich davon.

• Je höher die Einnahmen aus der CO2-Steuer ausfallen, desto höher wird die Klimaprämie: Bei einem CO2-Preis von 130 Euro würde die Klimaprämie mindestens 235 Euro betragen müssen um für den nötigen sozialen Ausgleich zu sorgen.

• Es muss sichergestellt werden, dass die Klimaprämie für Personen, die Sozialleistungen erhalten, nicht als anrechnungsfähiges Einkommen gilt, die von den Sozialleistungen abgezogen würden.

• Statt der Pendlerpauschale, die v.a. höheren Einkommensgruppen zu Gute kommt, fordern wir eine einheitliche Mobilitätsprämie, die pro Kilometer ausgezahlt werden soll und von der v.a. untere Einkommensschichten profitieren

## Begründung

**Gerechtigkeit als Leitprinzip: Deshalb eine Klimaprämie**

Als eine Partei, die Gerechtigkeit als Leitprinzip politischen Handelns ansieht, gehört es nicht nur dazu Klimagerechtigkeit, sondern auch soziale Gerechtigkeit voran zu bringen. Dafür müssen wir zunächst anerkennen, dass eine CO2-Steuer regressiv wirkt und damit ärmere Haushalte relativ stärker belastet. Die Ungleichheit im real verfügbaren Einkommen würde steigen. (EDENHOFER et al. 2019)

Um diese unsozialen Konsequenzen einer CO2-Besteuerung zu vermeiden müssen die Einnahmen einer CO2-Steuer der Bevölkerung zu Gute kommen. Dies sollte so geschehen, dass die **CO2-Steuer kombiniert mit der Klimaprämie** zu einem progressiven sozial verträglichen Klimaschutz-Instrument wird. Dies hätte einen Verteilungseffekt bei dem ärmere Haushalte profitieren, während Haushalte mit hohem Einkommen stärker belastet werden (EDENHOFER et al. 2019).

Diese Klimaprämie sollte **zu Beginn eines Kalenderjahres** ausgezahlt werden. Im Idealfall bevor die CO2-Steuer zum ersten Mal erhoben wird. So würde die Klimaprämie positiv mit Klimaschutz assoziiert, weil man dafür belohnt wird, das Klima zu schützen und Menschen würden Vertrauen in die Kombination aus CO2-Steuer und Klimaprämie gewinnen. "Vor allem in der Einstiegsphase muss den Bürgern transparent und verlässlich dargelegt werden: Der Staat will keine zusätzlichen Einnahmen generieren. Am besten wäre es, den Zukunftsbonus gleich bei Einführung der Abgabe

für das Jahr auszuzahlen – entweder als Scheck, Abzug von der Lohnsteuer oder von den Sozialbeiträgen. Das Wichtige ist: Es muss ein Instrument sein, an das die Menschen glauben." (GÖPEL 2019)

Die Einnahmen, die aus einer CO2-Steuer generiert werden, belaufen sich vrstl. in einer Höhe, die es ermöglicht, neben einer Stromsteuersenkung und der Auszahlung einer Klimaprämie noch weitere sozial- und klimapolitische Maßnahmen zu finanzieren (bspw. energetische Sanierungen fördern, Förderprogramm für den Tausch der Ölheizung gegen eine moderne Heizung mit Sonnenwärme, Wärmepumpe oder Holz, **Mobilitätsprämie**, uvm.).

**CO2-Steuer + Klimaprämie = Nachhaltigkeit**

Eine solche Kombination aus Steuer und Prämie ist **ökologisch nötig**, um die tatsächlichen Kosten der Klimaschädigung abzubilden. Sie ist **ökonomisch sinnvoll**, um technischen Fortschritt eine Richtung zu geben, nachhaltige Innovationen sich auszahlen und durchsetzen und sich unsere Produktions- und Konsummuster wandeln können. Zu guter Letzt ist sie **sozial erforderlich**, um allen Aspekten der Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Damit ist die Kombination aus Steuer und Prämie **zentraler Baustein der sozial-ökologischen Transformation**.

## weitere Antragsteller*innen

Felix Märtin (KV Berlin-Pankow); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Jakob Döring (KV Berlin-Pankow); Dániel Fehér (KV Berlin-Pankow); Sem Schade (KV Esslingen); Jörg Barnstedt (KV Berlin-Pankow); Baukje Dobberstein (Hannover RV); Dirk Jahreis (KV Göttingen); Patrick Zwiernik (KV Koblenz); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sabine Ponath (KV Berlin-Pankow); Johannes Mehrer (KV Marburg-Biedenkopf); Daniel Freudl (KV Berlin-Pankow); Sascha Krieger (Berlin-Pankow KV); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Ina Jacobi (KV Göttingen); Damian Winter (KV Münster); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Ralph-Edgar Griesinger (KV Osnabrück-Land)